

# BürgerInnenbrief **Mitte**

7. September 2009



## **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Warum zur Wahl gehen? +++ Untersuchung? +++ Kein Platz für Nazis! +++ Shared Space +++ Sportstätten +++ Kultur

## In Verteidigung der Gesellschaft

Oder: Warum ich im September erstmals zur Wahl gehe

von **Hans-Joachim Lenger**



St. Georg kommuniziert... und feiert – Stadtfest im Juni 2009 auf dem St. Georgs Kirchhof

St. Georg in diesen Tagen, Alltagsnormalität und sonniges Wetter: Kneipengespräche hier und da, Wortwechsel auf der Langen Reihe, Satzketzen an Bushaltestellen, in Imbissbuden oder Geschäften. Einige Geschäfte haben bereits schließen müssen, die steigenden Mieten werden unbezahlbar. Geld drängt ins Viertel; die Lofts und Luxuswohnungen, die sich im Gewirr der Altbauten einrichten, sollen erst der Anfang gewesen sein. St. Georg, ein Stadtteil im Umbruch also. Aber noch duckt sich, wer von steigenden Mieten betroffen sein könnte, und hofft, glimpflich davonzukommen.

Denn die Resignation sitzt tief, im Kleinen wie im Großen. Neue Milliarden werden fällig, so heißt es in den Zeitungen, um einer »Kreditklemme« zuvorzukommen. Unter der würden

Industriekapital und Mittelstand besonders leiden, was auch die Arbeitslosigkeit eskalieren ließe. Die Staatsverschuldung jedenfalls steigt weiter, und wer sie begleichen soll, erscheint als ausgemacht. Der Staat nämlich, so will es eine gedankenlose Floskel, das »sind wir alle«. Ganze Bevölkerungen werden so, wie in einem Gewaltstreich, als Geiseln genommen. Ohne ihnen das Wort zu erteilen, verfährt man mit ihnen nach Belieben. »Der Mensch«, schrieb der französische Philosoph Gil-

**Prof. Dr. Hans-Joachim Lenger lehrt Philosophie an der Hochschule für bildende Künste Hamburg. Er lebt in St. Georg, veröffentlichte Bücher und Aufsätze zu Fragen der Metaphysik und ist Mitarbeiter verschiedener Rundfunkanstalten.**

les Deleuze über die neueste Entwicklung des Kapitalismus, »ist nicht mehr der eingeschlossene, sondern der verschuldete Mensch«. So errichtet sich ein neues Regime, eine neue Tyrannei über die Zeit, der sich niemand entziehen kann.

### Machtfragen

Seit einigen Wochen stelle ich mir die Frage, ob ich in diesem Jahr zur Wahl gehen sollte. In den letzten 39 Jahren habe ich darauf verzichtet. Denn was sollte sich durch Wahlen ändern? Welche Kraft könnte im parlamentarischen Raum Machtverschiebungen einleiten, die zur Verteidigung der Gesellschaft dringend notwendig wären? Müssten die Straßen nicht längst voll sein von aufbegehrenden Demonstranten?

Vor kurzem konstatierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (nicht gerade ein Organ der Opposition): Der Umstand, dass »die Finanzkrise nicht zu Straßenaufuhr geführt hat, liegt wahrscheinlich daran, dass kein Mensch imaginieren mag oder kann, wie viel tatsächlich 500 Milliarden Euro wert sind...« Tatsächlich, längst operieren die ökonomischen und politischen Apparate mit Summen, die jede Vorstellungskraft übersteigen. Nicht realer scheinen sie zu sein als die Operationen eines Computerspiels. Man könnte glauben, einem bloßen Spektakel der Zahlen beizuwohnen, das die Ebene des alltäglichen Lebens nie erreichen wird. Wie lähmend diese trügerische Hoffnung ist, wird sich zeigen.

»Systemrelevant«, so wird der Öffentlichkeit jedenfalls seit Monaten eingeschärft, seien Banken, deren Untergang einen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung nach sich ziehen würde. Was aber wird auf diese Weise gesagt? Dass die Schicksale dieser Banken mit denen der Gesellschaft eingeworden sind. Gesellschaftlicher Kontrolle entzogen, sollen sie ein Regime antreten, dem jedes politische Handeln unterworfen ist – ganz so, als sei man in eine neo-feudale Ordnung eingetreten, in der die Willkür eines Souveräns herrscht. Mittlerweile geht es deshalb um nicht weniger als eine Verteidigung der Gesellschaft.

### Aus Notwehr

Ich werde deshalb meine Stimme in diesem Jahr Der Linken geben. Dabei handelt es sich um eine Art Notwehr. Auch bei der greift man ja nach allem, was irgend zur Hand ist. Illusionen sollte man sich deshalb nicht hingeben. An den Strukturen der ökonomischen, politischen und medialen Mächte werden Wahlen nicht rütteln. Auch Die Linke ist eine Partei der Reformen und in mancherlei Hinsicht das Erbe einer »linken« Sozialdemokratie, deren leeren Platz sie besetzt hat.

Umso mehr aber gibt die Aufregung oder die Hysterie zu denken, die das Auftauchen dieser Partei ausgelöst hat. Offenbar sind die ökonomischen, politischen und medialen Machtapparate überaus empfindlich, sogar anfällig geworden. Der Vorschlag etwa, große Millionen- und Milliardenvermögen zu besteuern, erscheint ihnen schon als Anschlag auf die Grundfesten der bestehenden Ordnung; die Ablehnung einer Militärstrategie, die weltweit Kriegseinsätze auf die Tagesordnung setzt, als Verrat am Abendland; und das Verlangen, jenem Regime der Hungerlöhne zu begegnen, unter dem Hunderttau-



Plakat an den besetzten Häusern im Gängeviertel.

sende leiden, wird als Wiederkehr eines Gespensts beschworen, das einst auf den Namen des »Kommunismus« hörte.

Man wird das als Dummheit oder kalkulierte Ignoranz belächeln. Doch woher die Aufregung? Was veranlasst zu dieser inszenierten Hysterie? Offenbar unterbricht Die Linke die eingespielten Apparate der Macht. Sie stellt Fragen, die zwar offensichtlich sind, in den Medien aber schon längst nicht mehr verhandelt werden. Den Bankrott des Ultraliberalismus, der vor aller Augen stattfindet, nennt sie zumindest beim Namen. Sie addiert die Kosten und spricht aus, wem sie aufgebürdet werden sollen. Und sie unterbreitet Vorschläge, wie der unübersehbaren Ausplünderung der öffentlichen und privaten Haushalte begegnet werden könnte.

### Offene Fragen

Insofern hat das Auftauchen der Linken im parlamentarischen Raum die Selbstverständlichkeit angeblicher Sachzwänge immerhin in Frage gestellt, die Arroganz etablierter Apparate bereits erschüttert. Dies ist wenig genug, doch angesichts der Verhältnisse schon viel.

Gegenwärtig erleben wir die Unterwerfung der politischen Systeme unter die Gesetze global operierender Finanzkapitalien. Wir erleben die Durchsetzung militärischer Geostراتيجien, wie sie in Afghanistan erprobt werden und von denen die CDU vor einem Jahr freimütig sagte: »Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen...« Nicht zuletzt erleben wir die Einführung neuer Techniken der Kontrolle, der Überwachung und Reglementierung, die auch innenpolitisch die Grenzen zwischen Krieg und Frieden zusehends verwischen.

Gewiss, dem lässt sich im parlamentarischen Raum allein nicht begegnen. Keine Partei, keine Institution wird diese Entwicklungen aufhalten können. Die Intervention der Linken in den Parlamenten mag wichtig, gegenwärtig sogar unverzichtbar sein. Doch die Verteidigung der Gesellschaft lässt sich nicht delegieren. Sie ist keine Sache der Stimmabgabe, sondern eines Aufbegehrens, das alltäglich werden müsste, überall dort, wo das Unerträgliche seinen Ausdruck findet: in den Stadtteilen, den Unternehmen und Institutionen, den Schulen und Universitäten. Wie realistisch das ist, bleibt eine offene Frage. Allein, sie zu stellen, stimmt nicht gerade optimistisch.

## Parlamentarischer Untersuchungs(?)ausschuss?



Die Bürgerschaft beschloss den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH

In Hamburg wurde nicht nur eine marode Landesbank mit viel öffentlichem Geld vorerst gerettet, es wurde auch im Juni 2009 ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt, dem ich für die Linksfraktion angehöre. Zu Recht fragen daher einige: Wie ist denn nun der Stand der Untersuchung?

Nach langen Verzögerungen gibt es seit Anfang September einen Grundstock von Akten, dessen Sichtung auch ich aufgenommen habe. Und es gibt den Entwurf eines Arbeitsplans, der freilich noch unter den Fraktionen abgestimmt und beschlossen werden muss. Vor allem bin ich jetzt erneut aufwändig zur Verschwiegenheit verpflichtet worden – mittlerweile musste ich in meinem kurzen parlamentarischen Dasein mehr als ein halbes Dutzend solcher Erklärungen unterzeichnen –, und kann einen Teil der Quellen studieren.

Wie geht dies praktisch vor sich? Ich melde einen Tag vorher einem Mitarbeiter der Bürgerschaftskanzlei, dass ich am nächsten Tag – sagen wir gegen 10.00 Uhr – kommen werde. Ich teile zudem aus einem mir zugänglich gemachten Verzeichnis mit, welche Akten ich zu sehen wünsche. Im Büro des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses werde ich freundlich empfangen und unterschreibe eine Erklärung über Uhrzeit und ausgehändigte Akten. Unter Aufsicht eines freundlichen Kontrolleurs lese ich in den Unterlagen und verlasse dann nach einiger Zeit nach Abzeichnung eines weiteren Formulars mit Uhrzeit etc. die gastliche Stätte.

Worum geht es und was suche ich? Die HSH Nordbank hat im vergangenen Jahr 2,7 Milliarden Euro Verlust gemacht. Das Finanzinstitut hatte bereits Mitte 2008 eine Kapitalaufstockung von 2 Mrd. Euro erhalten und konnte gleichwohl

nur durch eine staatliche Finanzspritze über drei Milliarden Euro und Garantien über zehn Milliarden Euro vor der Schließung bewahrt werden. Fest steht, dass der Freien und Hansestadt Hamburg durch die Geschäftspolitik der Bank ein schwerer Vermögensschaden zugefügt wurde.

Parallel zur Arbeit des Untersuchungsausschusses ermittelt die Staatsanwaltschaft Hamburg aufgrund einer Strafanzeige wegen des Verdachts schwerer Untreue. Seit Staatsanwälte die Staatsbank KfW gefilzt und Büros früherer Vorstände der Sachsen LB durchsucht haben, ist die Finanzkrise auch ein Fall für die Strafjustiz. Bei anderen Geldinstituten laufen ebenfalls Ermittlungen.

Denn es existieren bankenrechtliche Vorschriften, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) aufgestellt, konkretisiert und auch kontrolliert werden. Sie zielen darauf ab, dass Handels- und vor allem Bankgeschäfte regelmäßig auf die mit ihnen verbundenen Verlustrisiken zu untersuchen sind. Offenkundig ist bei einigen Landesbanken – auch der HSH Nordbank – diese Risikokontrolle unzureichend gehandhabt worden. Daher wird das Verhalten der Verantwortlichen bei der HSH Nordbank daraufhin überprüft, wie es zur Missachtung von Vorschriften kommen konnte und wer dafür die Verantwortung trägt.

Der Verdacht der Untreue in einem besonders schweren Fall begründet auch die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Frühere HSH-Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrates könnten ihre Vermögensfürsorgepflicht sträflich verletzt haben, denn die Bank hat kurz vor Auslaufen der Gewährträgerhaftung, mit der

die dauerhafte Zahlungsfähigkeit gewährleistet werden soll, billig Kredite aufgenommen und damit hoch riskante Papiere gekauft. Bei dieser Operation wurde ein »Schnellankaufverfahren« praktiziert, bei dem eine genauere Prüfung der Risiken mehr und mehr unterblieben ist. Es gilt also zu prüfen, ob die HSH-Führungsebene maßgebliche Direktiven der Bankenaufsicht nicht beachtet hat. Denn bevor sich das Kreditinstitut mit »giftigen« Wertpapieren im Wert von rund 30 Milliarden Euro eingedeckt hat, ist nicht einmal eine konzernweite Risikokontrolle eingerichtet worden.

Selbstverständlich geht es nicht darum, alle Bankmanager zu Tätern oder Gehilfen einer nicht existierenden Straftat namens Finanzkrise zu erklären. Aber es muss geprüft werden, ob sich die Bankmanager wissentlich über Mindestanforderungen hinweggesetzt haben, die die Bankaufsicht für das Risikomanagement festgelegt hat.

Findet man denn überhaupt etwas heraus? Für meinen Geschmack gibt es reichlich Anhaltspunkte dafür, dass es bei den Geschäften nicht korrekt zugegangen ist und dass die Aufsichtsräte und Vertreter der Landesregierungen die Öffentlichkeit zu spät und sehr einseitig unterrichtet haben. Zunächst muss man aber bedenken, dass dem Untersuchungsausschuss die Akten nicht vollständig vorgelegt werden. Ich sehe zum Beispiel nur die Unterlagen der Bank – sobald ein Geschäftspartner ins Spiel kommt, werden Passagen geschwärzt oder ganz aus der Akte entfernt. Wenn man weiß, dass die HSH Nordbank viele Geschäfte in dem kritischen Zeitraum über ausländische Töchter abgewickelt hat, die Geschäfte in Luxemburg oder den Cayman Inseln aber nicht der Kontrolle durch die Bundesbank oder die Bankaufsicht BaFin unterworfen waren, dann wird vielleicht nachvollziehbar, dass die »Bereinigung« der Akten eine Beeinträchtigung der Untersuchung darstellt.

Wie wichtig auch die Untersuchung des um die HSH Nordbank aufgeblühten Netzwerkes ist, habe ich bereits im letzten Bürgerbrief angedeutet: Eine der beiden mit einer Stellungnahme von der HSH beauftragten »Gutachter«, die japanische Nomura-Bank, ist selbst tief in zwielichtige Immobiliengeschäfte verstrickt, geht aber gleichwohl davon aus, dass sie weitere Beratungsaufträge aus den HSH-Finanzfonds erhält.

Wenn man etwas untersucht und vor allem herausgefunden hat, taucht ein weiteres, gravierenderes Problem auf: Habe ich z.B. einen eindeutigen Verstoß der bankrechtlichen

Normen in den Akten gefunden, dann muss ich mit diesem Wissen so umgehen, dass der Ausschussvorsitzende mich nicht wegen der Verletzung meiner Verschwiegenheitspflichtung »rügen« kann...

Und ein nicht minder großes Hindernis sehe ich in den Auseinandersetzungen um den zu untersuchenden Zeitraum: Für mich sind 2007 und 2008 die entscheidenden Jahre, in denen der Vermögensschaden zu Lasten der öffentlichen Eigentümer eingetreten ist. Logischerweise grabe ich mich in die Akten dieses Zeitraumes ein. Die Mehrheit im Ausschuss neigt aber eher dazu, die Untersuchung chronologisch anzulegen und dabei weit vor dem Jahr 2007 anzufangen. Auch ich bin sehr für eine gründliche Aufarbeitung. Aber es dient nicht der Aufklärung, ewig nichtssagende Akten hin und her zu wälzen. Wir müssen direkt an die aktuellen kritischen Punkte rangehen, denn selbst die Wirtschaftsprüfer der HSH Nordbank haben festgehalten, dass es eine weit zurückgreifende Aufzeichnung nicht gibt. Der Ausschussvorsitzende Krüger kam deutlich ins Schwitzen, ob dieser von mir vorgebrachte Hinweis nicht bereits eine Verletzung der Verschwiegenheit darstellen könnte.

Ich verfolge das Ziel, die kritischen Geschäftsjahre und das Zusammenspielen von wichtigen Auslandstöchtern und Geschäftspartnern zu durchdringen. Dazu gehört auch der bereits in der Öffentlichkeit diskutierte Aspekt, dass der Aufsichtsrat offensichtlich frühzeitig über die schwierige Lage der HSH Nordbank informiert war. Aufgrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse über Fehlentwicklungen lassen sich die vorliegenden Akten auf mögliche Ursachen dieser Entwicklungen hin untersuchen. Nur so lassen sich schnell und eingehend Untersuchungs-Erkenntnisse gewinnen – anstelle einer starren chronologischen Reihenfolge, die nicht nach links und rechts schaut.

Ob und in welchem Umfang die Unregelmäßigkeiten in der Geschäftspolitik der HSH Nordbank durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss öffentlich zur Debatte gestellt werden können – so sie denn aufgrund der geschilderten »Aktenbereinigungen« und restriktiven Verschwiegenheitsbedingungen überhaupt zur Sprache kommen –, wird nicht zuletzt von dem politischen Druck abhängen, der auf die Öffentlichkeit und die Akteure erzeugt werden kann. Ein gutes Wahlergebnis für DIE LINKE bei der bevorstehenden Bundestagswahl wäre dafür ein wichtiger Baustein.



## NichtwählerInnen gewinnen, »Nazis isolieren«!

Apropos Bundestagswahl: Wir befinden uns auf der Schlussgeraden, denn es sind gerade noch drei Wochen bis zum Wahltermin am 27. September. Neben den nach der Sommerpause wieder in Gang gekommenen Bürgerschafts- und Ausschusssitzungen, den Beratungen in der Fraktion und in der Partei, den Gesprächen mit MedienvertreterInnen werde ich mich in den nächsten Wochen darum bemühen, mit möglichst vielen Menschen ins Gespräch zu kommen. Dabei suche ich vor allem das Gespräch mit denen, die daran denken, nicht wählen zu gehen und ihrem Ärger über die etablierte Politik auf diese Weise Ausdruck zu verleihen. Ich möchte diese Menschen dafür gewinnen, diesmal der LINKEN eine Chance zu geben.

Deshalb werde ich mich am Dienstag, den **22. September um 19.30 Uhr** im Haus der Grauen Panther Hamburg e.V. (Lerchenstraße 37 in St. Pauli) noch einmal der öffentlichen Diskussion um die Frage stellen, »Was DIE LINKE will« (mehr Infos zu meinen Positionen zur Bundestagswahl und zur HamburgerPolitik unter [www.Joachim-Bischoff.de](http://www.Joachim-Bischoff.de)).

Zuvor werden **Gregor Gysi** und die beiden Erstplatzierten auf der Landesliste, **Jan van Aken** und **Regine Brüggemann**, am **Freitag, den 11. September um 16 Uhr auf dem Gänsemarkt** Argumente und Angebote der LINKEN vortragen und für eine Stärkung der Fraktion im nächsten Deutschen Bundestag werben – damit das Land sozialer, die eskalierende deutsche Kriegsbeteiligung in Afghanistan eingestellt und rechten Dumpfbacken endlich Einhalt geboten wird.

Denn an eben jenem 11. September will die NPD um 19 Uhr am Berliner Tor in St. Georg eine Wahlkampfkundgebung durchführen. Gerechnet werden muss mit einer bundesweiten Mobilisierung, da der Neonazi und stellvertretende NPD-Vorsitzende Jürgen Rieger als Direktkandidat im Wahlkreis 19 (Hamburg-Mitte und umzu) antritt. Die hamburgische Versammlungsbehörde lehnte Rieger zwar als Versammlungsleiter für die Kundgebung ab. Damit gibt sich DIE LINKE nicht zufrieden und fordert das vollständige Verbot des geplanten

Aufmarsches, der sich erklärtermaßen gegen die Linken und das tags darauf stattfindende Schanzfest richtet.

Neben den St. Georger Stadtteilgruppen mobilisieren viele Gruppen aus ganz Hamburg gegen den braunen Mummenschanz. Das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« hat unter dem Motto »Nazis isolieren!« die Leitung der Gegenaktionen übernommen: »Das ist mit dem Menschenbild und der Gesellschaftsvorstellung der Faschisten unvereinbar: Gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Lebensweisen; kulturelle Vielfalt und solidarisches Handeln für gemeinsame Interessen gibt es in ihrer Welt nicht... Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!«

Die Gegendemonstration beginnt am 11. September um 16 Uhr auf dem Hachmannplatz am Hauptbahnhof. Gegen 19 Uhr wird die Demonstration eine Zwischenkundgebung auf dem Besenbinderhof einlegen, danach geht's weiter Richtung Hammerbrookstraße. Ich rufe alle LeserInnen des BürgerInnenbriefes auf, dabei mitzuhelfen, die »Nazis zu isolieren!«



## Shared Space ohne BürgerInnenbeteiligung?

Im Koalitionsvertrag vom Frühjahr 2008 war vereinbart worden, dass in jedem der sieben Hamburger Bezirke zumindest eine »Shared-Space-Zone« (vom Hamburger Abendblatt auch als »Gemeinschaftsstraße« tituliert) geschaffen werden soll; von der SPD-GAL-Koalition im Bezirk Mitte sind sogar zwei vorgesehen. Im Doppelhaushalt 2009/2010 sind dafür 7,2 Mio. Euro Kassenmittel eingestellt worden, samt einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2,5 Mio. Euro für das Jahr 2010. Mit inzwischen drei schriftlichen Kleinen Anfragen habe ich den Senat um Angaben zum aktuellen Stand der Planungen gebeten. Alle drei Antworten fielen mehr oder weniger ausweichend und hinhaltend aus.

Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk hatte erst kürzlich darauf hingewiesen, dass bei der Entscheidung über die Einrichtung von solchen Gemeinschaftsstraßen die Bevölkerung »maßgeblich«, wir sagen präziser »entscheidend«, beteiligt werden soll. Ein von ihrer Behörde (BSU) im März 2009 vorgelegtes Gutachten hat diese Linie geradewegs zu einem Dollpunkt erhoben (Jürgen Gerlach u.a.: Voraussetzung für die Umsetzung von Gemeinschaftsstraßen in Weiterentwicklung des Shared Space-Prinzips unter Beachtung der großstädtischen Rahmenbedingungen der Freien und Hansestadt Hamburg, Neuss/Hamburg, März 2009). Es heißt darin ausdrücklich, dass die Eignung »grundsätzlich« eingeschränkt ist,



Shared-Space-Modellprojekt in Bohmte bei Osnabrück

»wenn die Bürger/innen vor Ort Gemeinschaftsstraßen nicht akzeptieren«.

In der Praxis jedoch wird das Hohelied der BürgerInnenbeteiligung weiterhin recht leise gesungen. In Wilhelmsburg z.B. hat sich bereits eine Elterninitiative gebildet, die gegen eine von Politik und Verwaltung favorisierte Straße als Shared-Space-Zone protestiert. Für St. Georg bekräftigte vor kurzem die Bezirkskoalition aus SPD und GAL, die Lange Reihe zur Gemeinschaftsstraße umbauen zu wollen, obwohl sich z.B. die beiden wichtigsten Stadtteilvereine – der »Bürgerverein zu St. Georg von 1880« und der »Einwohnerverein St. Georg von 1987« – explizit dagegen ausgesprochen haben.

Wenn der Senat auf meine Anfragen antwortet, dass noch geprüft werde, ohne weitere konkrete Angaben zu den bezirklichen Planungen zu machen, obwohl dort ganz offenkundig Entscheidungen vorbereitet werden, dann kann ich das nur als Desinteresse von Senat und Bezirken werten, die BewohnerInnen und Gewerbetreibenden ernsthaft zu beteiligen. Die Antwort auf meine zuletzt gestellte Anfrage enthält eigentlich nur zwei interessante Aussagen: Obwohl der Senat die zu Beginn genannten Mittel eingeplant hat, sieht er sich nicht in der Lage, auch nur vage Angaben über die durchschnittlichen Kosten für den Umbau einer Straße zu machen. Da frage ich mich doch, auf welcher Berechnungsbasis die im Etat eingestellte Summe beruht? Und ich frage mich, wie hoch die Kosten letzten Endes tatsächlich ausfallen werden? Allein für die Lange Reihe schätzen ExpertInnen die Umbaukosten auf zwei bis drei Mio. Euro! Für sieben bis acht Straßen würde das eine Summe von 15 bis 25 Mio. ergeben!

Ich stehe einer Verkehrsberuhigung und einer deutlichen Absage an das Motto »Freie Fahrt für freie Bürger« keineswegs ablehnend gegenüber, aber der Senat muss den BürgerInnen hinsichtlich der Kosten schon reinen Wein einschenken und

ihre Kritikpunkte Ernst nehmen, statt sie zu ignorieren oder per Evokation vom Tisch zu wischen.

Eine zweite, erst auf weitere Nachfrage hin erfolgte Angabe lässt Schlimmes befürchten, schließt der Senat doch die »Schaffung von Gemeinschaftsstraßen in Kombination mit einem »Business Improvement District« (BID)« grundsätzlich nicht aus. Eine solche Realisierung von Shared-Space-Projekten würde nach sich ziehen, dass private Geldgeber nachhaltig Einfluss auf die Gestaltung und das »Betreiben« einer Straße nehmen könnten. Dies wäre eine weitere Einschränkung des öffentlichen und von jedermann gleichberechtigt nutzbaren Raumes. Wir erleben das bereits in der BID-Zone Neuer Wall. In eben nicht mehr ganz öffentlichen Durchgängen werden Menschen von Wachdienstleuten des Ortes verwiesen, obliegt die Gestaltung der Straße teilweise bereits den dort ansässigen Unternehmen und ist so zur Privatangelegenheit geworden.

DIE LINKE lehnt Gemeinschaftsstraßen als BID-Projekte prinzipiell ab. Die Einrichtung von Shared-Space-Zonen darf den betroffenen Stadtteilen nicht aufoktroiert werden. DIE LINKE fordert, dass der Senat und die Bezirke endlich Transparenz walten lassen und den Menschen mitteilen, welche Straßen dafür im Gespräch sind. DIE LINKE mahnt gleichzeitig an, dass der Einrichtung einer Gemeinschaftsstraße das klare, positive Votum der ansässigen Bevölkerung vorausgehen muss.

Nicht zuletzt fordert DIE LINKE von den PlanerInnen, Bezirks- und SenatspolitikerInnen klare Angaben darüber, welches die Folgen von Shared-Space-Zonen über die reinen Verkehrsveränderungen hinaus sein könnten (Mietpreissteigerungen, spürbare Zunahme des Flanierpublikums, der Cafés und Kneipen, Verdrängung der letzten Kleingewerbetreibenden und der MieterInnen mit wenig Einkommen etc.).

## Höher, schneller, weiter – nicht im Sportamt



Es gibt im Abgeordnetenalltag Punkte, die mich so ärgern, dass ich immer wieder darauf zurückkomme und gern »dran bleibe«, bisweilen sogar mit einer diebischen Freude! Dazu gehört z.B. die (Un-)Fähigkeit des Sportamtes, die hamburgischen Sportstätten digital zu erfassen und darüber »freie« Kapazitäten für den Breitensport zu erkennen. Seit drei Jahren schleppt sich die vom Senat geplante Einführung der Software hin, und noch immer ist kein Ende absehbar.

Die Diskussion begann im Jahr 2006, die Ausschreibung eines Softwareentwicklungsauftrages wurde am 29. Oktober 2007 mit der Submission abgeschlossen, ein konkreter Auftrag an einen Anbieter am 20. März 2008 erteilt. Die Installation verzögerte sich jedoch und wurde schließlich für Dezember 2008 in Aussicht gestellt. Anfang 2009 teilte der Senat dann mit, dass »mit einer Inbetriebnahme ... im Laufe des zweiten Quartals 2009 zu rechnen« sei. Wir gehen bereits auf das Ende des dritten Quartals 2009 zu...

Auf eine schriftliche Kleine Anfrage vom 21.8.2009 – mittlerweile meine dritte zu diesem Thema (die anderen beiden stammen vom 25.11.2008 und 16.1.2009) – teilte mir der Senat mit, dass inzwischen die »Kernsportstätten ... komplett in die Datenverwaltung einbezogen« seien, dass es aber »zu anderen Sportstättentypen ... noch intensiver Recherchearbeiten« bedürfe. Es sollen »noch drei studentische Hilfskräfte bis voraussichtlich November 2009« beschäftigt werden. Ob dann endlich alles erfasst ist und digital abgerufen werden kann, bleibt jedoch weiterhin unklar. Aber immerhin sind nach drei Jahren zumindest die »Kernsportstätten« erfasst. Was damit genau gemeint ist, lässt der Senat allerdings im Dunkeln: vielleicht die Alsterdorfer Sporthalle, die HSH Arena oder der universitäre Bootsanleger an der Alster?

Während es bei Leichtathletik-Weltmeisterschaften immer höher, schneller und weiter zugeht, die Cyclclassic-Radfahrer die Wasebergwertung dreimal nahmen und die Boulevard-Medien Hamburg als Hauptstadt des (Profi)Fußballs hochschreiben, weil HSV und St. Pauli die erste und zweite Bundesliga anführen, kommt das Sportamt bei der digitalen Erfassung der Sportstätten für den Breitensport im Schnecken tempo daher. Die Mentalität von LeistungssportlerInnen auf der Leitungsbank der Behörde würde ausnahmsweise mal nicht schaden.

Permanent werden wir vom Senat mit neuen, teuren Bewerbungen um nationale und internationale Meisterschaften traktiert (ich habe in einer weiteren Kleinen Anfrage um die Angabe zu den Gesamtkosten in den vergangenen Jahren gebeten), ohne dass daraus ein erkennbarer Nutzen für die Hunderttausenden Hamburger Sporttreibenden resultieren würde. Ganz abgesehen von den gescheiterten Bemühungen und den in den Sand gesetzten Ausgaben rund um die aufwändigen Olympia-, Universiade- und Schwimm-WM-Bewerbungen. Wer so sehr auf Eventsport setzt wie der gegenwärtige CDU-GAL-Senat, sollte allerdings auch bei den vielleicht nicht so medienwirksamen, mehr den Menschen nutzenden Aufgaben etwas schneller in die Hufe kommen. Was jeder Hacker mitsamt einer engagierten Gruppe in einigen Wochen realisieren würde – die Einführung einer datengestützten Sportstättenverwaltung –, braucht in der Verantwortung des Sportamtes mehr als drei Jahre!

Mit diesem Herangehen wäre Hamburg nicht einmal in die Vorauswahl für eine x-beliebige Kreismeisterschaft gekommen. Spätestens im November 2009 werde ich vermutlich mit einer vierten Anfrage nachhaken müssen, um die Verantwortlichen fit zu halten.

### Sorry, mal gar nicht gut gelaufen

Allerdings muss man sich fairerweise auch manchmal über sich selbst ärgern: Auf der Bürgerschaftssitzung am 3. September stand unter der Überschrift »Bericht des Eingabenausschusses« die Eingabe einer Lokstedter Bürgerinitiative auf der Tagesordnung, die sich gegen die Abholzung von 30 großen, etwa 60 Jahre alten Ahornbäumen an der Emil-Andresen-Straße wandte. Bereits vor Monaten hatte die AnwohnerInnengruppe die Bürgerschaftsfraktionen darüber informiert, dass die Fällung der Bäume nicht notwendig sei, sondern lediglich deswegen vom Bezirk Eims-

büttel vorgesehen werden, weil sie bei der anstehenden Straßensanierung gegebenenfalls in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

Ich habe in der Vorbereitung den Tagesordnungspunkt (es gab rund 100 davon) übersehen und erst nach der Bürgerschaftssitzung realisiert, dass das Ansinnen auf dem üblichen parlamentarischen Weg »einfach so« angelehnt wurde. Ich habe mich bei der Initiative für die mangelnde Vorbereitung entschuldigt; die Bäume wären es Wert gewesen, sich intensiver mit ihnen auseinanderzusetzen.

## Stolpersteine, Cinepolis, globale Krise & mehr



Am **Donnerstag, den 10. September, um 18 Uhr** wird im Alberto-Jonas-Haus (Israelitische Töchtertschule) in der **Karolinestraße 35** das neu erschienene Buch **Stolpersteine in Hamburg-St. Pauli** von Christiane Jungblut und Gunhild Ohl-Hinz vorgestellt. Es enthält die Biographien von rund 150 während der Nazizeit ermordeten Jüdinnen und Juden, Homosexuellen, politisch Verfolgten und Opfern der »Euthanasie« aus diesem Viertel. Mit dem nunmehr fünften Band der von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden herausgegebenen Stolperstein-Reihe wird die Geschichte des Stadtteils während des Nationalsozialismus aus der Sicht der Opfer erzählt und veranschaulicht. Gemeinsam werden nach der Buchvorstellung einzelne Orte im Karolinentviertel aufgesucht, an denen Stolpersteine verlegt oder in Planung sind. Im Mittelpunkt steht das Schicksal der Menschen, an die mit den Stolpersteinen erinnert wird (in Kooperation mit dem St. Pauli-Archiv e.V.; um Anmeldung wird gebeten: Tel. 4 28 41-1493). Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt vier Euro und kann vor Ort entrichtet werden, das Buch kann gegen eine Gebühr von zwei Euro erworben werden.

Einen Tag später, also am **Freitag, den 11. September**, läuft **Cinepolis** an, eine Filmreihe zum Komplex Raum, Architektur und Stadt. Bis zum 20. September werden im **Frappant** in Altona (Große Bergstraße 174) bzw. im **Metropolis Kino** in St. Georg (Steindamm 52/54) Dokumentarfilme vorgeführt, die die soziale, kulturelle und architektonische Vielschichtigkeit von Metropolen abbilden. Unter anderem wird der bereits prämierte Film »Empire St. Pauli - von Perlenketten und Platzverweisen« über die Gentrifizierung in Hamburg gezeigt (am 11.9. um 19 Uhr im Frappant), tags darauf gibt es die 2008 gedrehte US-Dokumentation »Captured« über ähnliche Prozesse in New York (am 12.9. um 21.30 Uhr ebenfalls im Frappant). Die Reihe sieht ein gutes Dutzend höchst interessanter Filme vor, die den Fokus auf unsere großstädtischen Probleme rich-

ten. Das Gesamtprogramm findet sich im Netz unter [www.cinepolis.de](http://www.cinepolis.de).

In seinem neuen Buch **Die globale Krise** stellt **Karl Heinz Roth** seine Sichtweise auf das aktuelle Krisengeschehen vor. Er richtet u.a. sein Augenmerk auf die Auswirkungen auf die Dritte Welt und entwickelt Gegenperspektiven. Der Autor stellt sein Buch am **17. September um 19.30 Uhr** auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Bürgerinitiative Hamm'Se Zivilcourage, der Buchhandlung Seitenweise und des VSA: Verlags in der **Schule Griesstraße** (Griesstraße 101, Nähe S-Bahn Hasselbrook) vor. Der Eintritt kostet 5,- Euro (ermäßigt 3,- Euro). Ansprechpartnerin ist Elke Ehlert, Buchhandlung Seitenweise, Tel.: 040/ 201 203, [seitenweise@t-online.de](mailto:seitenweise@t-online.de).

Im letzten BürgerInnenbrief habe ich zwei Rundgänge aus dem zweiten Block von **Erkundungen**, die die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN anbietet, vorgestellt. Mittlerweile liegt das komplette Programm vor, kann unter [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de) runtergeladen werden oder ist im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße erhältlich.



Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**